

Generalversammlung 2016 Jahresbericht der Präsidentin

Liebe Vereinsmitglieder

Bei meinem Rückblick auf 2015 beginne ich mit einem

Ausblick

Wir werden am Ende des kommenden Jahres sozusagen ‚erwachsen‘. Dann besteht unser Trägerverein 10 Jahre und wir erhalten das Verbandsbeschwerderecht, d.h. eine eigenständige Rechts-Position, wenn wir für unsere Anliegen auch juristisch eintreten wollen.

Bisher hatten wir uns auf Aufklärung der Bevölkerung und auf symbolische Beteiligung an Einsprachen und Beschwerden beschränken müssen, wenn gegen geltendes Recht verstossen wurde. Zum Steinfabrikareal, zu Baureglements- und Gesetzesverletzungen, die unter Berufung auf das vom Volk abgelehnte städtebauliche Konzept zustande kamen, zu Altlastensündenfällen, zur Vergeudung von Steuergeld für Verkehrsprojekte (z.B. Umfahrung Pfäffikon, Autobahnanschlussverlegung nach Wilen etc.).

Solche Rechtsverfahren im öffentlichen Interesse konnten bisher nur Einzelpersonen in ihrem eigenen Namen machen. Dabei war es immer wieder ein Problem, dass uns die Legitimation abgesprochen wurde, weil man als private Beschwerdeführer zu weit weg wohnte...

Wir freuen uns, dass der Rechtsstatus unseres Vereins ab nächstem Jahr viel stärker wird.

Trotzdem waren aber auch die bisherigen Bemühungen im Sinne unserer Bürgerforums-Charta wichtig. Unser Rückhalt in der Bevölkerung ist gross, wie ich immer wieder höre. Sehr viele Bewohner unserer Gemeinde wünschen sich eine unbefangene, starke Gegenkraft zu den Partei- und Interessenklüngeln in unseren Dörfern.

Vieles konnte leider nicht verhindert werden. Bei unserer Gründung vor 9 Jahren sah es in der Gemeinde Freienbach noch viel grüner und lebenswerter aus als heute. Das exzessive Wachstum und viele Etikettenschwindel haben dem Klima in der Gemeinde nicht gut getan.

Aber wir haben enorm viel gelernt, in Abläufe hineingesehen, Material gesammelt, Allianzen geschmiedet und uns für die kommenden Herausforderungen und Chancen im Interesse einer lebenswert-lebendigen Gemeinde Freienbach Muskeln zugelegt.

Zum Kapitel 2015 unserer Steinfabrikareal-Fortsetzungsgeschichte

Erfreulicherweise haben wir sehr gute Karten für die nächsten Runden im Kampf um ein grünes Steinfabrikareal und gegen eine sogenannte ‚Spange West‘ (diese hätte ja nichts anderes als eine öffentlich gesponserte Erschliessung für eine zukünftige Steinfabrikareal-Überbauung dargestellt).

Am 22. Juli 2015 – mitten in den Sommerferien – war ein Auflageverfahren gestartet worden, mit dem vom Gemeinderat und Kanton Vorentscheide für den vorgeschriebenen Planungs-Wettbewerb und Gestaltungsplan verlangt wurden. Einmal mehr sollten mit behördlicher Hilfe die Schranken des Baureglements und der übergeordneten Vorschriften verletzt werden. Doch viele waren zuhause und bereit, die Aktenberge zu sichten, die faulen Tricks zu erkennen und die vielfältigen, unzulässigen Forderungen zu beanstanden.

Insgesamt 10 Einsprachen wurden eingereicht. Neben dem Bürgerforum wehrten sich auch verschiedene Anwohner, ein weiterer Korporationsbürger, die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, SVS/Bird life Schweiz, Pro Natura Schwyz, das Kloster Einsiedeln und die SP der Gemeinde Freienbach gegen die rechtswidrigen und öffentliche Interessen verletzenden Sonderregelungsansprüche.

Unsere Einsprache vom 6. August 2015 ist auf der Homepage www.buergerforum-freienbach.ch aufgeschaltet.

Ich habe Euch im letzten August einen Zwischenbericht versandt und die Wette angeboten, dass das Areal nicht überbaut werden wird. Meine optimistische Prognose hat inzwischen noch weiteren Auftrieb erhalten:

- Die Korporation und ihr Ex-Präsident ersuchten um eindrucklich üppige Fristerstreckungen für eine Stellungnahme zu den Einsprachen: zuerst baten sie um Erstreckung vom 2. September auf den 18. Dezember und daraufhin nochmals um mehr als drei Monate bis 31. März 2016. Begründung: es seien „*noch verschiedene Abklärungen zu treffen, in deren Folge allenfalls mit den Einsprechern das Gespräch gesucht wird, um eine einvernehmliche Lösung zu finden*“!
- An einer Kommissionssitzung wurde ich von Christoph Räber (der U.K. Feusi bekannterweise recht nahe steht) offiziell angefragt, was ich davon halten würde, wenn nun das Zeughaus zum Abtausch gegen das Steinfabrikareal ins Spiel gebracht würde. Auf dem Steinfabrikareal könne „*ja ohnehin nicht mehr gebaut werden*“. Auch andere Kommissionsmitglieder, die offenbar via Hintergrund-Info ähnliches gehört hatten, bestätigten das Nicht-mehr-überbauen-können. Weil das Zeughaus Pfäffikon mitten in einer Wohnzone liegt und für eine öffentliche Nutzung nicht so ideal platziert ist wie das Steinfabrikareal, habe ich mich einer solchen Abtauschvariante nicht abgeneigt gezeigt. Ich bin sicher, das Buschtelefon funktionierte rasend schnell!

Nun bin ich gespannt, was Ende März von der Korporation und U.K. Feusi zu hören ist. Ein weiteres Fristerstreckungsgesuch würde mich nicht erstaunen.

Unsere Steinfabrikareal-Einsprache brachte die Forderung nach einem Runden Tisch erneut ins Spiel. Meine Wette gilt: 100 Mohrenköpfe, dass das Steinfabrikareal nun definitiv zur Naherholungszone – ohne Überbauung – werden kann! Wer macht mit?

Zum „Gemeinschafts- und Kulturzentrum“ Zeughaus

Vorab ein Rückblick auf die drei öffentlichen Anlässe des vergangenen Jahres:

Den Auftakt machte die Velo- und Spielwarenborse und der erstmals durchgeführte Koffermarkt der DGP, just zum Frühlingsbeginn am 21. März 2015. Die Organisatoren waren gut zufrieden und das Publikum ebenfalls, sodass dieser Anlass auch 2016 durchgeführt wird.

Statt Ende Mai konnte die IG Zeughaus erst am 26. Juni ihr erstes 2015er Fest für die Öffentlichkeit durchführen – das Militär beanspruchte das Areal kurzfristig am von uns seit Oktober 2014 ersuchten Mai-Termin. Das Militär hat gemäss einem Vertrag mit dem Gemeinderat immer Vorrang und wir können Veranstaltungen jeweils erst drei Monate vorher verbindlich planen.

Im Juni hatten wir grosse Konkurrenz durch viele andere Veranstaltungen in der näheren Umgebung, aber trotz eher kleinem Publikum war auch dieses Fest ein weiteres Juwel in der Geschichte des Zeughauses. Unsere IG hat viel Freude an der Gestaltung dieser Anlässe und ist überzeugt, dass es angesichts des kühlen behördlichen Gegenwinds wichtig ist, die Zeughaustore immer wieder für die Bevölkerung zu öffnen.

A propos Temperatur: Am ebenfalls sehr gelungenen Herbstfest vom 24. Oktober haben wir sogar eine temporäre Heizung organisiert, um es den Herbstfestbesuchern warm ums Herz werden zu lassen.

Das Zeughaus motiviert die IG zu immer neuen Improvisationsideen und Attraktionen im Festprogramm. Ich empfehle allen herzlich, diese Feste zu besuchen – und wir freuen uns auch über zusätzliche Helfer und Produktionen aus Eurem Kreis – wie die wunderbaren Zaubereien unseres grossen Magiers *Fausto Merlini* oder das Angebot von *Rosmarie Frey*: „*Das Drehbuch ihres Lebens – am Himmel erklärt*“.

In der vom Gemeinderat einberufenen Strukturgruppe Zeughaus wurden 2015 – zögerlich – doch noch einige Weichen für eine intensivere Nutzung gestellt. Als Mitglied dieser Kommission habe ich immer wieder Gelegenheit, die Tugend der Geduld zu üben! Wir haben an unserer letzten Sitzung dem Gemeinderat beantragt, dass nun eine 5-köpfige Betriebskommission gebildet werden soll, um ein Betriebsreglement für vermehrte Zwischennutzungen zu entwickeln. Die IG Zeughaus soll darin vertreten sein. Ansonsten sei aber das Zeughaus als Reserve für später erkennbare Nutzungsbedürfnisse der Gemeinde zu bewahren, wurde entschieden (z.B. für Abtausch mit dem Steinfabrikareal etc.).

Auf dem Fundament eines solchen Betriebsreglements können nun hoffentlich bald verbindliche Vereinbarungen mit Zwischennutzungs-Interessenten getroffen werden. Allem voran muss erreicht werden, dass die (unzuverlässige!) Beanspruchung durch das Militär definitiv beendet wird. Sie verunmöglichte bisher jede vernünftige Planung im Sinne der Bürgerentscheide für eine öffentliche Nutzung als Gemeinschafts- und Kulturhaus.

Aus dem Budget 2016 wird nun immerhin eine kostengünstige Erweiterung der WC Anlagen (Damen- und Behinderten-WC), die Erneuerung der Schliessanlage und ein Teil der feuerpolizeilichen Schutzmassnahmen realisiert.

Verkehrsplanung

Schwyz, Astra und Gemeindebehörden ritten auch 2015 hoch zu Ross geradeaus. Wieder wurden in den Medien „*koordinierte Arbeiten an Lösungen für die Verkehrsplanung*“ behauptet

und spätere Informationen in Aussicht gestellt. Man weiss zwar bei den Behörden längst Bescheid über den raumplanerischen Unsinn der favorisierten Projekte und hat Angst vor ablehnenden Volksentscheiden. Aber die Makulatur-Planung bringt eben doch laufend schöne Steuerbatzen in die ‚richtigen‘ Taschen.

Und so ist die chancenlose Autobahnanschluss-Verlegung von Wollerau nach Wilen mittels Hochbrücke immer noch im Spiel – man habe eine neue (d.h. dritte) Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben, hiess es in den Medien.

Ohne Berücksichtigung der negativen Folgen im öffentlichen Raum wird auch weitergewerkelt am Planungs-Zombie „*Spange West*“, am fragwürdigen „*Zubringer zum Voll-Anschluss Halten*“ und an den Verkehrslösungen beim Nadelör Seedamm, die man gleich selbst mit der Aufzungs-„*Testplanung Pfäffikon Ost und Bahnhof*“ verballhornt.

Wir sind in Bereitschaft, wenn die diversen Katzen aus den Säcken gelassen werden!

2015 wurde der kantonale Richtplanungsentwurf präsentiert

Eine kantonale Richtplanung braucht ein logisches und demokratisch einwandfreies Vorgehen, damit sie auf lange Sicht als brauchbare Grundlage der Raumplanung dienen kann:

- *Erstens* müssten die übergeordneten kantonalen Raumplanungsziele vom Volk demokratisch diskutiert und als Richtschnur für die Planer definiert werden. (Konsultativabstimmung über die gewünschten Ziele)
- *Zweitens* müsste der dazu benötigte Infrastrukturbedarf (öffentliche Räume, Erschliessungen, Versorgung etc.) professionell und ohne Befangenheit und Interessenkollisionen ausgelotet werden. D.h. die Kosten und Vorteile für die übergeordneten Planungsziele wären zu beziffern und möglichst umfassend festzustellen. Solange dies nicht verbindlich geklärt ist, schaffen die Teil-Planungen in Regionen, Bezirken und Gemeinden nur laufend neue Probleme.
- Dann müssten – *drittens* – alle Elemente darauf geprüft werden, dass sie zusammenpassen: eine feinmaschige, stimmige kantonale Gesamtschau gemäss den vom Volk definierten Wunschzielen ist erforderlich.
- *Viertens* wäre über den bereinigten kantonalen Richtplan eine Volksabstimmung nötig. Bei sofortiger Zustimmung hat man es gut gemacht und kann die Umsetzung in den Gemeinden anhand nehmen. Bei Ablehnung zeigen sich die verbleibenden Hausaufgaben. Auch diese müssen so seriös gemeistert werden, dass der Richtplan mehrheitsfähig wird, d.h. vom Volk an der Urne schlussendlich bejaht werden kann. An diese übergeordnete Planung könnten dann die Gemeinden ihre eigenen Zonenplanungen anpassen – effizient und mit breiter Unterstützung der Bevölkerung.

Doch der im Herbst 2015 vorgelegte Entwurf für eine kantonale Gesamtschau folgte einer ganz anderen Logik. Die Entwicklungsziele der Richtplanung wurden nicht in offener Diskussion vom Volk bestimmt, sondern in Hinterzimmern mit den regionalen Ellbogenkräften ausgeheckt. Sie zielen (besonders in den Ausserschwyzer Gemeinden) auf ein extrem hohes weiteres Wachstum, ab. Was gänzlich fehlt, sind Lösungen für die bisher bekannten und die noch zu erwartenden, verschärften Probleme.

Man erlaubte sich auch diverse Irreführungsversuche und ignorierte massgebliche Entscheide (z.B. Verkleinerung der „*Siedlungstrenngürtel*“ auf einige wenige punktuelle Bereiche / „*Fruchtfolgeflächen*“, die zugunsten weiterer Überbauung im Kleingedruckten bereits zur „*definitiven Löschung*“ vorgesehen sind, aber auf der Karte täuschend weiterhin als besonders geschützte, qualitativ hochwertige Landwirtschaftsflächen markiert sind / Beibehaltung der bereits vom Volk abgelehnten Deponie Schellhammer in Wollerau und das Wiederauftauchen der vormals fallengelassenen Deponie im Tal / Missachtung des vom Bundesgericht verbotenen Seeauffüllens in Nuolen etc.).

Wir nahmen detailliert Stellung dazu. Unsere 31-seitige Vernehmlassung wurde von mehr als 80 Personen im ganzen Kanton unterzeichnet und eingereicht. Am Ende stellten wir ein scharfes Fazit:

„Die Zonenplanungen werden in den Gemeinden an der Urne mit grosser Wahrscheinlichkeit verworfen, sollten sich diese am vorliegenden Richtplan orientieren. Das präsentierte, exzessive Ausmass an „Siedlungsentwicklung“ ist bei den Stimmbürgern chancenlos, denn solche Wucherungen dienen nicht einer gedeihlichen „Entwicklung“, sondern eher einem von Partikularinteressen motivierten, schädlichen Grössenwahn!

Sollten die übertriebenen „Entwicklungsziele“ des Richtplanentwurfs trotzdem behördenverbindlich erklärt werden, so würde damit eine nachhaltige und ressourcenschonende Raumplanung um Jahre verzögert und erschwert. Gigantische Planungskosten würden in den Sand gesetzt und enorme Frustration und Vertrauensverlust wären die Folge.

Es ist deshalb zwingend, die übertriebenen Wachstumsphantasien für den Kanton Schwyz aufzugeben und auf eine zukunftstaugliche, massvolle Richtplanung einzuschwenken – im Interesse des ganzen Kantons und einer gedeihlichen Zukunft.

Vielen Dank!“

Auf unserer Webseite ist die ganze Vernehmlassungsantwort aufgeschaltet und wir geben sie auf Wunsch auch gerne in Papierform an Interessierte ab.

Ufenau Park

Laut Baureglement wäre auf der Gewerbezone nur *eine* Wohnung mit maximal 150 m² Fläche zulässig. Nun werden 18 Wohnungen gebaut!

Meine Aufsichtsbeschwerde gegen das Bauprojekt mit den zonenwidrigen Bewilligungen unseres Gemeinderats für das ehemalige Federn Rüegg-Areal wurde 2015 abgelehnt. Schliesslich war ja auch der Regierungsrat, der diese Musik mitdirigiert hatte, Entscheidungsinstanz in eigener Sache. Gewaltentrennung ist hier inexistent. Ich hatte kein Recht auf eine Anfechtung. Das wird sich nun ab unserem zehnjährigen Bestehen ändern. Dann können wir das Verbandsbeschwerderecht geltend machen und solche Rechtsverstösse ans Bundesgericht weiterziehen.

Der rechtsverletzende Bau von 18 Wohnungen im Gewerbegebiet Ufenau Park an der Churerstrasse schießt nun also trotz unserem Widerstand aus dem Boden – als weiteres Willkür-Mahnmal für unsere Nachkommen.

Gemeinnütziger Wohnungsbau???

Das Unwort des Jahres 2015 ist für mich der von der SP verwendete Begriff „*Gemeinnütziger, preisgünstiger Wohnungsbau*“. Mit diesem Unwort wurden 2015 zwei Betonierungs-Förderideen des Gemeinderates dekoriert: Die Umzonung des Altlastengebiets Frohmatt/Waldisberg in Freienbach und die Änderung des Baureglements über die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen.

Die Umzonung des Altlastengebietes Frohmatt/Waldisberg in eine W2-Zone wurde als Möglichkeit zum Bau von preisgünstigen Wohnungen dargestellt. Das Amt für Umweltschutz AfU gab Entwarnung. Das Gebiet sei weder überwachungs- noch sanierungsbedürftig. Wo sich die ehemalige Deponie genau befindet, wie gross sie ist, welche Stoffe dort vor sich hindämmern (und ähnliche Kleinigkeiten) sei nicht bekannt. Dass dort auch höchst problematische Chemieabfälle der Gurit und Dow Chemical billig entsorgt worden sind, wird schlicht totgeschwiegen. Das AfU hat offenbar auch keine Zeitzeugen befragt, die sehr wohl erzählen könnten, was dort unter dem Gras ruht und das Grundwasser gefährdet. Das AfU half einmal mehr aktiv mit bei der Vermeidung korrekter Abklärungen. Das verdeckte Ziel: Entsorgung auf Kosten der Öffentlichkeit, statt auf Kosten der Verursacher und ehemaligen Nutzniesser.

Ich habe dieses Vorhaben in meinem Namen und im Namen des Bürgerforums scharf beanstandet und war offenbar die Einzige in der ganzen Gemeinde (vgl. Webseite).

Wir bleiben hier ebenso dran wie an der geplanten *Änderung der Vorschriften über die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen*. Inskünftig sollten nämlich auf Vorschlag des Gemeinderates alle bestehenden Landreserven für öffentliche Bauten und Anlagen zur freien Verfügung stehen, damit Private sogenannte „*preisgünstige Wohnungen*“ darauf bauen könnten.

Wohlgemerkt, die Mieten müssten nur ein undefiniertes Bisschen günstiger sein als ortsüblich, das würde schon genügen, um Boden der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zu verhäuseln. Das entsprechende Reglement möchte sich unser Gemeinderat dann erst *nach* der Abstimmung ungestört und allein ausdenken. Wir Bürger sollten doch schon mal JA sagen zur Änderung des Baureglements.

Dass wir damit alle bestehenden Landreserven verspielen und später teuer zurückkaufen müssten, ist den Vätern dieser Idee offenbar egal. Ist es doch nicht ihr eigenes Geld und Gut!

Zu diesem Schildbürgerstreich wurde nebst meiner Einsprache noch eine einzige zusätzliche eingereicht. Sie mussten 10 Tage vor Weihnachten eingeschrieben auf der Post sein.

Oasis

Bei der Architektur-Namensgebung treibt die Phantasie immer neue Blüten. Am 1. Juli 2015 war im Höfner zu lesen, dass in Pfäffikon eine neue Oase entstehe. Und das hell begeisterte

Höfner Volksblatt porträtierte den Architekten Ende Juli – passend zur grossen Saharahitze – auch noch als Kopf des Tages.

Architekt Patrick Simmen wolle seine Büros vom Chaltenboden in Schindellegi „*an die exklusive Lage an der Bahnhofstrasse/ Poststrasse Pfäffikon zügeln*“. 84 Wohnungen zwischen 35 und 110 Quadratmetern, ein automatisiertes Parkhaus mit 4 Autoliften, 145 Innen-Parkplätze, Beanspruchung des Platzes, auf dem sich bisher die öffentlichen Bahnhof-Veloabstellplätze befinden, mehrfache Überschreitung der laut Baureglement bewilligten Ausmasse, etc.

Und in der Projektbeschreibung Ziff. 1.3 stand schwarz auf weiss: „*Durch die intensive Begrünung auf dem Dach profitiert auch das Zentrum Pfäffikon von mehr Natur*“.

Am Boden selbst keine Spur von grünen, besonnten Freiflächen, nur versiegelter, asphaltierter und zugeplättelter Boden, die Hausmauern direkt am Trottoirrand, kein Platz vor der Einfahrt zum Autolift, sodass sich der Verkehr in der Poststrasse gestaut hätte und auch die Busse vom Bahnhof behindert worden wären.

Ich nahm mit diversen möglichen Einsprechern Kontakt auf und erhob auch selbst Einsprache. Mit dabei waren schlussendlich auch die beschwerdelegitimierten Nachbarn Post Immobilien AG, die Pensionskasse des Kt.SZ, die Schwyzer Kantonalbank, die Firma Pamasol und 6 private Sammeleinsprecher sowie Otto Kümmin mit einer informellen Anregung. Und siehe da, dieses Projekt einer Oase der gesteigerten Gier wurde von der Bauherrschaft am 9. Oktober zurückgezogen.

Nur ist hier die Sache aber nicht fertig.

Pünktlich auf den 24. Dezember wurde erneut eine „Oase“ aufgelegt, das Grün wieder ausschliesslich auf dem Dach, Volumenreduktion um ein Stockwerk auf 68 Wohnungen und 2'592 m² Gewerbefläche, Einbahnsystem für die Zu- und Wegfahrt beim Autolift, nur gerade 6(!) leicht erreichbare Besucherparkplätze im Freien. Diesmal war es nicht mehr ein Gestaltungsplangesuch, sondern ein Bauprojektgesuch.

Jetzt hat die „Oase“ aussen weniger Glamour, und die Planung wurde diesmal ganz ohne Medienklimbim unter den Weihnachtsbaum gelegt. Die Dimensionen können nun auch anhand der Bauprofile bewundert werden.

Wieder erhob ich Einsprache. Damit habe ich uns das Recht gesichert, allenfalls Aufsichtsbeschwerde zu erheben, wenn der Gemeinderat diese Oase bewilligen würde. Baureglement und Gesetzesvorschriften sind auch jetzt wieder nicht eingehalten. Die vorschriftsgemässen Parkplatzzahlen und „*gut besonnten*“ Freiflächen auf dem Boden sind nicht erreicht. Es sind wieder insgesamt 8 Einsprecher im Rennen.

Neues Bürgerforum-Info

Unser Vorstand hat sich entschlossen, zu diesen baurechtlichen Themen ein neues Bürgerforum-Info herauszugeben, sobald eine Urnenabstimmung angekündigt wird. Wir sind der Meinung, dass unsere Bevölkerung darüber klar ins Bild gesetzt werden muss, um nicht mit den Schönschreibübungen in den Medien und steuergeldfinanzierten Propagandaschriften über den Tisch gezogen zu werden.

Blumen

Auch nach diesem neunten Bürgerforums-Jahr danke ich Euch, liebe Vereinsmitglieder, ganz herzlich für Eure Treue, Eure Unterstützung und Euer Interesse an der Arbeit des Bürgerforums. Ein besonderer Dank geht wieder an meine wunderbaren Vorstands-Kollegen für all die vielen Stunden des Beratens und Pläneschmiedens und einmal mehr auch für die freundschaftliche, schöne Zusammenarbeit!

Pfäffikon, 16. Februar 2016
Irene Herzog-Feusi, Präsidentin